

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 267.09 / 19.06.2009

Ausstieg so schnell wie möglich

Zum Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke Brokdorf und Krümmel erklärt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Karl-Martin Hentschel**:

Das Wiederanfahren der beiden Meiler – insbesondere des Pannenreaktors Krümmel - ist eine Zumutung für alle Menschen, die im Falle eines Unfalls betroffen sind. Das gilt für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen.

Dass in Schleswig-Holstein die Lichter noch brannten, obwohl alle drei Atomkraftwerke abgeschaltet waren, macht deutlich, dass der Ausstieg aus der Atomkraft nicht verlängert, sondern heute schon verkürzt werden könnte.

Die zweijährigen Reparaturarbeiten am Atomkraftwerk Krümmel erfüllen uns mit großer Sorge. Bis heute sind unzählige Fragen offen:

Wieso kam es zum Trafobrand?

Wieso wurden zahlreiche Risse in Installationen entdeckt, die vorher nicht bekannt waren?

Wieso wurden hunderte von falschen Dübeln eingebaut?

Wieso haben wir bis heute keine Black-box in der Steuerzentrale, die sogar in jedem Flugzeug selbstverständlich ist?

Wieso wurden defekte Anlagen in der Leitzentrale nur repariert, aber nicht erneuert?

Auch wenn es für das Ministerium keine rechtliche Möglichkeit gab, den Reaktor länger vom Netz zu halten, sind diese ungeklärten Fragen für die betroffene Bevölkerung

höchst beunruhigend. Beunruhigend ist auch, dass der Reaktor jetzt noch schnell ans Netz gebracht wird, obwohl in Kürze neue Sicherheitsstandards nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik in Kraft gesetzt werden sollen, die der Reaktor aller Voraussicht nach nicht erfüllt.

Ich halte deswegen daran fest, dass der Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich erfolgen muss und eine Verlängerung der Laufzeiten - wie sie von CDU und FDP gefordert wird - unverantwortlich ist.

Die Grüne Fraktion wird aber nicht locker lassen, die aufgeworfenen Fragen im Rahmen des Umweltausschusses im Landtag zu klären.
